

# Neue Presse



# Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Verlagen, Erscheinungsweise ufm. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe angeführt.

Verlag: Ullstein, Oberverleger: Georg Bornhard, Verleger: Rudolf Horn, (vorm. Ullstein), Carl W. u. A. Berlin, Damer. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Parasoph-Centrale Ullstein'sche Amt Dönhofs (A 7) 3000-3005 für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3088-3089. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 9009.

## Der Kanzler sekundiert

Das Bankett der Berliner Presse

Der Reichskanzler, der im September in Genf als Wortführer der deutschen Außenpolitik agierte, ist heute, den 13. Dezember, als Gasthändler hinter Stresemann, der jetzt in Lugano seine und unsere Gäste mit dem Locarno-Partnern ausspannt. Er sagte noch einmal in knappen Worten den deutschen Staatspolitikern in der Stimmungs- und Reparationsfrage zusammen, wobei er mit besonderer Betonung den Satz unterrichtete, daß die fünfjährige Friedensarbeit des deutschen Außenministers endlich bessere Früchte tragen müßte. Das laute Echo, das diese Bemerkung fand, ist kennzeichnend für die Stimmung in der diplomatischen Welt. Die Aufmerksamkeit nach Berlin zurückzuführen, konnte überall wieder eine steigende Begeisterung der Presse, die den Frieden durch die wachsende Weltweite, eine mantere Herrschaft der rühmlichen gelehrten Presse, die triumphierend auf das Rückwärtsgehen hinweist.

Der verantwortliche deutsche Politik wird trotz aller Rücksicht auf die Linie festhalten, die er nicht nur der Forderung der Verhältnisse, sondern auch die eigene Interessen nachsichtigt. Sie wird dabei mit den fortwährenden Kräfte der ganzen Welt im Bunde sein. Die Anhänger dieser Politik dürfen ihre Ungelegenheiten zeigen, weil sie immer Geduld ergehen und weiter leben werden. Ihre Gegner sollten jedoch und haben sich bemüht. Glasfischen auf den Weg zu streuen, um jede Banne als Erfolg, als unrichtigen Beweis ihrer Voraussicht zu feiern. Trotz allem geht es weiter, gibt es kein Zurück.

Der jüngsten Rede für die Kammer der Reichstag während des Besuchs Berliner Presse, dessen glänzender Verlauf bereits geschildert wurde. In seiner Begrüßungsaussprache hatte der Vorsitzende des Vereins Georg Wernz die Absicht des englischen Außenministers erwähnt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das Gefühl des Königs Georg für die Leistung werden möge. Daran anschließend hatte er mit besonderer Wärme den Vertreter Deutschlands, den Grafen von Helldorf, begrüßt. Der Reichskanzler knüpfte an die Sympathie-Äußerung eine Rede, die wiederholt die Aufmerksamkeit auf die Lage der Welt zu lenken suchte. Die Möglichkeit des Anschlusses ausdrücklich offen ließ. Mit glücklicher Formulierung erklärte er: „Wie die Reden Franzosen sind, so sind die Reden der Deutschen.“ Es heißt, daß der französische Außenminister in dieser Frage nicht gut beraten und nicht gut unterrichtet ist. Es sollte ihm zu denken geben, daß die heimischen und offenen Gegner des Anschlusses gleichzeitig die erbittertesten Feinde der europäischen Verständigung sind. Es sollte ihm auch zu denken geben, daß nach dem die Kreise in Bayern, die in den Jahren nach der Revolution am lauesten und am verwerflichsten stützen mußten, Sonderabmachungen mit gleichzeitigen österreichischen Politikern trafen. Es sind die Freunde der europäischen Konsolidierung,

die den Anschluß als eine Garantie des europäischen Friedens betrachten und zu verwirklichen hoffen. Das ist Herrn Briand wiederholt von Leuten gesagt worden, denen er sonst Vertrauen zu schenken pflegt. Warum muß es ihm, diese Feststellung zu überhöhen? Blau zu denken zu können? Wer, wie Briand, immer wieder versichert hat, daß eine schnelle, aufreichte, vollkommene Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich den Grundpfeiler europäischer Zusammenarbeit bildet, der darf nicht

durch Erfahrungen, die gemiß Friedliche Tendenzen haben mögen, diese wesentliche Aufgabe fördern. Ein böses Wort gerührt leicht, was Hundert gut gemeinte, gut klingende, gut wirkende Reden aufgereiht haben.

J. E.

Die verlaute, handelt es sich bei dem von Reichskanzler angeführten „Freihaus“ um den Plan, eine Wille in der Siegerstaatenstraße zu erwerben, die für den gedachten Zweck ungenutzbar wäre.

## Großer Sieg Manius

Die rumänischen Wahlen

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

Nach den bisher vorliegenden Wahlergebnissen hat die Regierungspartei 305, die Liberalen 12-14, die Reaktion 300, die Arbeiter 5-6, die ungarischen Wähler 7-8 Mandate erhalten. Alle anderen Oppo-

sitionsparteien, darunter die Kommunisten und die antisemitische Liga, werden wohl leer ausgehen. Die Resultate können sich noch geringfügig ändern. Gewiß ist, daß die Regierung Manius einen überaus glänzenden Sieg errungen hat. Dieser hat bei 90 v. S. aller Mandate. Auf der Regierungsliste sind bisher auch 9 Deutsche, 9 Sozialisten, 2 Ukrainer und 15 Unabhängige gewählt. Der Sieg ist nicht nur im ganzen Lande zu voller Ruhe, obwohl die Regierung keine der verächtlichen Kandidaturen ihrer Vorgänger annahm.

## Um die Locarno-Politik

Was in Lugano verhandelt wird

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

Die Befürwortungen deutscher Stresemann und Briand werden heute (vorgestern) es geht um Locarno. Die Außenminister wollen Lugano nicht verlassen ohne eine klare Erklärung über die Fortsetzung der Locarno-Politik. Von deutscher Seite ist aber eindeutig zum Ausdruck gebracht worden, daß eine solche Erklärung einen materiellen Gehalt haben mußte, eine rein planmäßige Erklärung wäre für Deutschland unbezweifelbar. Die von internationaler Seite verbreiteten Gerüchte, daß Briand und Stresemann sich immer wieder auseinanderreden, ist völlig falsch. Briand versteht, man entfere sich nicht von Locarno, sondern nähere sich ihm wieder. Die heutige Besprechung wird hauptsächlich eine Konferenz zu dreien sein. Chamberlain hat bereits angekündigt, daß er alle Vereinbarungen zwischen Deutschland und Frankreich gutheißen werde.

In der heutigen Sitzung nahm Stresemann zweimal das Wort. Er erklärte den Briefschlußbericht, in dem die Staaten zur Ratifizierung des internationalen Abkommens über

den Handel in Säulen und Knochen aufgefördert werden. Es folgt seinem Bericht folgende Erklärung an: „Als Vertreter Deutschlands erlaube ich mir zu erklären, daß dem Reichstag gegenüber die Entwurf eines Gesetzes über die Ausführungen der Empfehlungen der Wirtschaftskommission zur Beschäftigung vorliegt, durch den neben der Verabschiedung zahlreicher Positionen des deutschen Zolltarifs auch die Ratifizierung der Abkommen über die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote und Beschränkungen sowie über die Abnahme von Säulen und Knochen durch Deutschland herbeigeführt werden soll. Ich freue mich somit, hier feststellen zu können, daß Deutschland dem Wunsch, den der Bericht des Wirtschaftsausschusses über seine 26. Tagung gegeben hat, insofern weitestgehend Rechnung getragen hat.“

Es kam dann weiterhin der Antrag der Cont-Regierung auf eine Anleihe von 40 Millionen zur Sprache. Der Antrag wurde angenommen. Stresemann erklärte dazu folgendes:

„Das Finanzamt wird bei der Prüfung der Angelegenheit auch den Gesichtspunkt zu berücksichtigen haben, daß die einzelnen Mobilien der geplanten Anleihe so gehalten werden, daß sich daraus bei einer allgemeinen Regelung des Cont-Systems keine Komplikationen ergeben.“

Das soll heißen, daß die Anleihe so untergebracht werden muß, daß sich darüber hinaus keine Schwere der deutschen Devisen und Frankreich bei Ablauf des Cont-Regimes herausstellen können.

## Der neue Präsident der Schweiz

Bundesrat Haab

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

am Bern, 13. Dezember

Die schweizerische Bundesversammlung, die aus den vereinigten beiden Kammern, dem Eidgenössen (44 Vertreter der Kantone) und dem Nationalrat (108 Vertreter des Volkes) besteht, trat heute im Bundespalast in Bern zusammen, um den Bundesrat, die siebenköpfige schweizerische Regierung, die die nächsten drei Jahre zu wählen. Der Bundespräsident ist in diesem Jahre für ein Jahr befristet, wurde für 1929 mit 178 Stimmen der Vorbesitzer des Eidgenössen-Departements, Dr. Haab, gewählt. Er ist 1865 in Wädenswil bei Nidwil geboren, vor 1917-18 Oberbürger in Bern und bekleidete seit diesem Jahre der Bundesregierung an. Zum Vizepräsidenten wurde Bundesrat Scheurer gewählt.

Das ungewöhnliche Interesse, das diesmal den Wahlen entgegengebracht wurde, zeigte sich nicht nur in den überfüllten Sälen, sondern auch in der harten Bekämpfung der Abgeordneten, von denen 242 nur 10 fehlten. Die bisherigen Mitglieder des Bundesrates wurden sämtlich wiedergewählt, meist unter Einstimmlichkeit der Sozialdemokraten, die in der Regie-

rung nicht vertreten sind. Die Opposition kam dagegen in den verschiedenen Sitzungsstunden, die auf die einzelnen Bundesratsmitglieder entfielen, zum Ausdruck. Die niedrigsten Stimmzahlen, 151 bzw. 152 und 232, erhielten der Regierungsmittler Scheurer und der Finanzminister Wulz. Auch der Polizeiminister Häberlin erhielt nur 100 Stimmen, während der Leiter des volkswirtschaftlichen Departements, Schultheis, für den die Sozialdemokraten stimmten, 184, und der Eisenbahnenminister Haab 188 Stimmen erhielten. Dagegen mußte sich der Sozialminister Wetzler, dessen Stellenpolitik vielfach angegriffen wird, mit nur 177 Stimmen begnügen. Die Wahl des Sozialisten Chuard, der entsprechend der Tradition in der schweizerischen Politik nur ein Vertreter seiner freiwirtschaftlichen Partei und seines Heimatortes Wädenswil sein konnte, des Rechtsanwalts Dr. Villet-Bolet, erfolgte mit 151 gegen 60 Stimmen, die auf den Genfer Professor der Wirtschaftswissenschaft, Vogel, entfielen. Die Wahl des neuen Bundesrats, der erst 30 Jahre alt ist, in großer Zahl die Sozialdemokraten, die in der Schweiz die stärkste Partei bilden, hervorzuheben war, darf angeführt werden, daß es dem schweizerischen Parlament seit 1925 an. Der Bundesrat zeigt sich, wie bisher, aus fünf Vertretern der freiwirtschaftlichen Demokraten und zwei Vertretern der sozialistischen Konfessionisten zusammen.

## Die Antwort an den Rat

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

am Lugano, 13. Dezember

Die Antworten der Regierungen von Bolivien und Paraguay auf den vorgeschlagenen Schritt des Rates sind heute nacht beim Generaldirektor des Völkerbundes eingegangen.

Die Antwort Bolivien, unterzeichnet von dem Außenminister Alberto Pallas, ist, wie man in Berlin wissen würde, „latente“. Der Minister bekräftigt nur den Empfang der Botschaft und erklärt, er habe den Inhalt der genannten Mitteilung dem Präsidenten der Republik vorgelegt und kündigt im übrigen eine weitere Antwort an.

Die Antwort aus Junction liegt wesentlich freundlicher. Der Außenminister von Paraguay, Zubizarreta, antwortete in ganz anderem Ton. Er sagt von der Ratodropfen, die „ausgegangenen vom hohen Friedensgeiste, der die Verhandlungen des Völkerbundes befruchtet“ und erklärt, daß Paraguay von dem gleichen Geiste befeelt und im Bewußtsein der Gerechtigkeit seiner Sache keine internationalen Verpflichtungen zu erfüllen gewillt sei. Die Antwort führt dann fort: „Deshalb fordere Paraguay auch die Einberufung der in dem Vertrag von S. Pauli 1923 vereinbarten Kommission, deren Auf-